

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden
Sabat & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Carl Sabat & Comp., Dresden
Hauptredaktion: Dresden
Verwaltung: Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen im Druckbetrieb ist es durch obere Anweisung des Verlegers, dass der Druck der Dresdner Volkszeitung seinen Betrieb auf Verlegung des Druckereibesitzers oder auf Verlegung der Zeitung überträgt.

Abbestellung: Dresden
Telegraphisch: Dresden
Telegraphisch: Dresden

Abbestellung: Dresden
Telegraphisch: Dresden
Telegraphisch: Dresden

Abbestellung: Dresden
Telegraphisch: Dresden
Telegraphisch: Dresden

Nr. 227

Dresden, Donnerstag den 27. September 1928

39. Jahrg.

Volkspartei und Stahlhelm Und die Stahlhelmsbeamten der Republik?

In der Deutschen Volkspartei tut man empört über die Haltung des Stahlhelms und die offene Verbrüderung dieses Bundes mit der deutschnationalen Volkspartei scheint bei Herrn Schulz die Auffassung herborgerufen zu haben, daß die neuesten Überlegen nicht ohne Widerspruch angenommen werden können. Die neue liberale Streifen schreibt:

Der geradezu erschreckende Mangel an politischer Reife ist aber dem die Sage der Stahlhelmschaft über den augenblicklichen Staatsaufbau, seine Form und seinen Inhalt geschrieben worden sind, überdies noch von der brutalen Verneinung aller Verbindungen, die auf den Ausgleich der inneren Gegensätze im Reich und Vaterland gerichtet sind.

Die R. V. G. schreibt dann weiter, daß die Entwicklung der Stahlhelms eine Richtung genommen habe, die der deutsche Volkspartei zu einer Heberprüfung der Verhältnisse zum Stahlhelm zwingt. Diese Prüfung wird auf Antrag aus verschiedenen Teilen des Reiches bereits in der nächsten Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei erfolgen. heißt das: Man lieber freiwillig über die man sich hinauswerfen läßt? Warten wir ab! Die Konsequenzen müßte die Offensive der Engländer gegen die Republik eigentlich für Monate hinaus verschieben. Eines der deutschnationalen Provinzorgane hat eben in einer Auseinandersetzung, daß durch parlamentarische Mittel allein die Macht im Staate nicht gewonnen werde, sondern nur wenn der revolutionäre Wille hinzutrete. Die revolutionäre Wille aber schwören sie ab. Wie sie sich verhalten werden. Dann fügen sie verächtlich hinzu: „Auf dem gelegentlichen Wege...“, denn das offene Bekenntnis zu Gehorsam würde nicht ein Minimum an Risiko bedeuten, sondern ein sehr starkes Risiko bedeuten. Sie aber wollen ein Minimum an Risiko, vor allem auch für die deutschen Stahlhelmsbeamten, die es über in der deutschen Republik noch gibt. Bei der leichten Behauptung, daß Stahlhelmsbeamte gegen die Republik im Eid auf die Republik falsch vereinbart sind, geraten sie in Erregung und schreien über die bedrohte Reimangens.

Wohr Konsequenz, ihr Herrschaften! In dem Gehorsam des Stahlhelms heißt es: Wir bekämpfen alle Einzelheiten, die ihr Kompromiß mit dem von uns beabsichtigten System machen. Wie steht es mit den Stahlhelmsbeamten? Machen sie nicht monatlich ihr Kompromiß mit dem bekämpften System, ein geistiges und materielles Kompromiß? Ein geistiges Kompromiß, das sie für die Behauptung ihrer Existenz auf die demokratischen Garantien der Verfassung machen, die sie als Stahlhelmsbeamte geschlossen wollen, ein materielles Kompromiß, wenn sie sich von dem Staate bezahlen lassen, dem sie eidlich schworen haben. Sie sind eben vorfichtig gewesen, die Herrschaften. Sie wollen eine monarchische

Stahlhelm-Volksbegehren.



Was die Kommunisten können, das können wir schon lange!

Revolution, die Zerstörung der republikanischen Verfassung, die Revolution — aber mit der hundertprozentigen Garantie durch die republikanische Verfassung, daß ihnen dabei nichts geschieht. Für die Revolution müssen sich daraus selbstverständlich Konsequenzen

Der reaktionäre Wille und der Haß gegen die Republik der Stahlhelms gleich geblieben, aber der Wille, die Verfassung feindlich zu behandeln, die Zerstörung in politischen Kampf ist bei ihnen von Stufe zu Stufe gewachsen! Ihnen gegenüber darf es ein Gebot der Republik nicht geben. Wer diesen Staat baut, hat in seinen

Am Görlitz 1928

Paradeklimum wie anno 1896

In und um Görlitz sind die Herbstmanöver der Reichswehr zu Ende gegangen. Wir wollen nicht unterfragen, ob derartige Kriegsbildungen militärischen Wert haben. Sicher ist, daß ihr militärischer Wert in keinem normalen Verhältnis zu den Kosten steht. Es sind jedoch für uns einige andere Dinge, die kritische Bemerkungen zu diesem Manöver notwendig machen. Reichswehrminister Groener hielt am Dienstag, nach Abschluß der Manöver, vor den versammelten Offizieren eine kurze Rede über seine Eindrücke. Im Bericht des SPD heißt es darüber:

Er führte dabei u. a. aus, daß es Deutschlands Pflicht sei, dauernd und zäh für die Gleichberechtigung auf dem Weltmarkte zu kämpfen. Theoretisch müßten alle Erzeugnisse der Technik und der modernen Kampfmittel fundiert werden können. Als seine wichtigste Aufgabe bezeichnete der Minister die Sorge für die technische und materielle Ausstattung des Heeres und ferner die Ausklärung der Öffentlichkeit über den Geist und die Leistungen der Reichswehr, um dadurch Stolz und Liebe zur Reichswehr in allen Schichten des Volkes zu pflegen und auch den Wehrwillen im ganzen Volke zu wecken und zu stärken.

Der Reichsanleger sollte Herrn Groener aufgeben, sich künftig weniger mißverständlich auszudrücken. In Genf kämpft die deutsche Delegation für Abrüstung, Friedensgewinnung und Entmilitarisierung Europas. Wenn Herr Groener schon für Deutschland Gleichberechtigung auf dem Weltmarkte fordert, so verlangt er damit nichts, was nicht alle Völker für sich fordern. Aber wenn Deutschland nicht in den Verdacht geheimer Rüstungsarbeiten kommen will, so wäre es notwendig gewesen, daß der Wehrminister der deutschen Republik gleichzeitig etwas von Deutschlands Friedenswillen und Deutschlands Sehnsucht nach allgemeiner Abrüstung gesagt hätte.

Noch stärker spricht unzulänglicher Generalsgeist aus einer anderen Groenerischen Ausrufung. Genosse Schilling, der für seine Korrespondenz etwas breit, allzu breit, über gleichgültige Dinge vom Wänderergelände berichtet, hatte mit General Groener eine kurze Unterhaltung. Sie erstreckte sich auch auf die Frage der Demokratisierung der Reichswehr und der Einsetzung einer parlamentarischen Kontrolle. Schilling gibt dieses Gespräch wieder:

„Nach uns, Herr Minister, wie steht es mit der neuen parlamentarischen Kontrolle der Reichswehr?“ — „Wie denken Sie über ein parlamentarisches Staatssekretariat?“ —

„Niemals! Solange ich auf diesem Posten stehe und der Herr Reichspräsident noch etwas zu sagen hat, gibt es kein Staatssekretariat im Reichswehrministerium!“

„Man hat doch auch in Frankreich einen mit „Zivilisten“ durchsetzten Obersten Landesverteidigungsrat, ohne daß die Armee deshalb schlechter geworden ist — — —“
„Das sind ganz andere Verhältnisse — das geht nicht bei uns!“

Mancherlei Vorgänge in der Reichswehr haben bewiesen, wie dringlich diese Einrichtung eines Staatssekretärs im Reichswehrministerium wäre. Sindenburg ist allzusehr alter General, als daß er sich mit dieser unferer Forderung vertragen machen könnte, und Groener weiß, daß der jetzige Zustand auch für ihn und seine Auffassung bequem ist. Aber mit seinen Bekanntschaften zur Republik und zur Demokratie verträglich diese Ablehnung starker parlamentarischer Kontrolle schlecht. Für die Sozialdemokratie ist das kein Grund, auf diese Zivilkontrolle im Reichswehrministerium zu verzichten. Es wird im Gegenteil notwendig sein, daß die Frage in der Regierung und im Reichstag nun endlich zur Debatte gestellt und entschieden wird.

Die Verbrüderungen wären jedoch kein richtiges Manöver gewesen, wenn zum Schluß die große Parade gefehlt hätte. Sindenburg nahm sie in Görlitz ab, und SPD meidet, daß sich auf dem großen Paradeplatz bei Sohrndorf an 80.000 Zuschauer eingefunden hätten. Im alten Deutschland waren diese Paraden nach militärischen Übungen ein so selbstverständlicher Schluß wie der Riß nach dem Essen. Auch heute noch sind sie wohl in allen Ländern üblich, und namentlich Sowjetrußland, das sich auf die von der Revolution geschaffenen neuen Lebensformen soviel zugute tut, kommt aus der Kriegsspielerei und den Paraden kaum heraus. Die deutsche Republik jedoch sollte damit endlich aufräumen. Diese Spielereien kosten Geld, strapazieren viele Tausende abgejagter Mannschaften in unheimlicher Weise und sind lächerlich. Seit vier Wochen verkaufte eine Görlitzer Konzertdirektion unterschiedliche Tribünenarten zum Preise von 8 M., 6 M. und 4 M. Unser Görlitzer Parteiblatt wandte sich gegen den Skandal und glorierte, daß man sich die Nähe des Reichspräsidenten mit 8 M. Sonderzuschlag erkaufen kann. Das telephonierte die feste Konzertdirektion zurück: „Keine Aufregung, so böß war das nicht gemeint. Wir haben dieselben Karten ausgegeben, wie Anno 1896 bei der Drei-Kaiser-Parade.“

Wie bei der Drei-Kaiser-Parade! Das Wort trifft den ganzen Sinn. Dieselbe Gegend, dieselben Karten, derselbe Preis, derselbe Tarif, könnte die deutsche Republik ändern Völkern nicht wenigstens in einem Punkte des militärischen Altbüro borbildlich vorzugeben und die blöde Komödie der Paraden abschaffen?!

Bürgerliche Presse

L. Utton Sinclair hat im „Sündenlohn“ an sehr vielen Beispielen aus seiner eigenen Journalistenpraxis gezeigt, daß die gesamte amerikanische bürgerliche Presse beherrscht wird von den führenden Geldleuten der Hochfinanz, und wie es schließlich unmöglich ist, ernstliche Widerstände innerhalb der amerikanischen Gesellschaft aufzusetzen. Trotz allen Behauptungen europäischer, auch deutscher Journalisten, daß Sinclairs Buch doch „nur die amerikanischen Verhältnisse“ schildere, und daß „unser“ Presse ethisch viel zu hoch stünde, um in dieser Weise amerikanisiert zu werden, ist seit Jahren ganz deutlich zu beobachten, daß die europäische Presse genau so abhängig und käuflich ist wie jede andere.

Die Lage ist meist so, daß der Redakteur durch Druck von oben, durch den Verlagsdirektor oder dessen Bevollmächtigten, den Chefredakteur oder Chef vom Dienst, bestimmte Anweisungen bekommt, wie er sich zu verhalten, was er zu schreiben und was er nicht zu schreiben hat. Dieses System funktioniert gut; es arbeitet von Jahr zu Jahr besser, weil es sich einschleift im Gebrauch. Kaum ein Redakteur an der bürgerlichen Presse würde es wagen, gegen das Verlagsinteresse etwas zu schreiben. Stellungslosigkeit wäre die Folge.

Trotz aller „Interessengemeinschaft“ zwischen Verleger- und Redakteurorganisation, trotz allen idiosyncratischen Verträgen über Rechte und Pflichten von beiden Seiten schreitet die Abhängigmachung der Redakteure munter fort. Die Dinge haben sich schon so weit entwickelt, daß die bürgerlichen Journalisten langsam selbst dahinterkommen. In der Deutschen Presse, dem Organ des Reichsverbandes der deutschen Presse, ist über die Frage der Unabhängigkeit der (bürgerlichen) Presse eine Diskussion entstanden. In der letzten Nummer nun nimmt ein Kollege zum Thema: „Warum es nicht in der deutschen Presse steht“ das Wort. Er fragt:

„... wo sind heute die deutschen Verleger, die ihren Redakteuren gestatten würden, gegen jemand zu schreiben

und ihn publizistisch zu bekämpfen, der ihnen jährlich für 880.000 Mark Anzeigen gibt? Sicherlich haben wir noch solche rückgratlosesten Verleger in Deutschland, aber ihre Zahl verringert sich bei dem immer mehr um sich greifenden Unternehmerstandpunkt der deutschen Verlegererschaft in wahrhaft unheimlicher Weise.“

Und der Verfasser des Artikels schäufert weiter, wie bei „führenden Großstadtzeitungen“ selbst eine zahme Kritik des Inhalts der Dauerausverkäufe unterbleiben müßte, weil ja sonst das Anzeigengeschäft gefährdet worden wäre. Wir sehen deutlich: Wer die Anzeigen bezahlt, bezahlt den redaktionellen Teil! Wer selbst einmal in der bürgerlichen Presse gearbeitet hat, der kann Tausende von ähnlichen Fällen anführen. Ja, es ist nicht einmal immer nötig, daß direkt selbstinteressen gefährdet werden; manchmal genügt es schon, wenn nur die Gefahr besteht, daß größere bürgerliche Gesellschaftsgruppen sich vor den Kopf gestoßen fühlen könnten. So las ich einmal in der Fernausgabe einer großen demokratischen Zeitung eine sehr gute Glosse über irgendeinen kuriosen Zustand in einer Kirche. In der Hauptausgabe suchte ich diese Glosse, die ich einer Freidenkerzeitung drucken wollte — zu ungegesehen war sie — vergeblich. Der Verlagsdirektor, gleichzeitig Chefredakteur, war abends noch ganz aufgeregt in der Zederei erschienen und hatte eigens die sofortige Herausnahme dieser Glosse aus der fertigen umbrochenen Seite angeordnet. Eine briefliche Entschuldigung an die Kirchenbehörde folgte; und bei einem ähnlichen „Fall“ wurde der sehr befähigte futuristische Journalist, der übrigens auch als Kurier in unheimlicher Weise ganz Unbekannter ist, überhaupt „weggelassen“.

Wie unmöglich es Jahre hindurch war und auch heute noch für die meisten bürgerlichen Zeitungen ist, ernstliche Kritik zu üben, wischen die Zeilen von allen Dörfern. Auch hier bestimmt das Anzeigengeschäft den Zei-